

Senatsbeschlüsse

der 188. Sitzung des Senats

am 04.12.2018, 11:15 Uhr

- 4594.) "Auswärtige Konkurrenz für Bremer Taxifahrer"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 01)
(Vorlage 2536/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2536/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 wird der fünfte Satz ersatzlos gestrichen.

- 4595.) "Carsharing in Huchting – wann und wo?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - S 04)
(Vorlage 2537/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2537/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 werden im letzten Satz die Worte „in der zweiten Jahreshälfte“ ersetzt durch die Worte „schnellstmöglich im Jahr“.

- 4596.) Neubau eines Ausstellungsbereiches "Extremwetter" im Klimahaus Bremerhaven
Hier: Finanzierung der Planungsleistungen
(Vorlage 2538/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 18. Dezember 2018 aus.

- 4597.) "Ist die "gedruckte Verwaltungsarbeit" noch immer gängige Praxis in Bremen?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 09)
(Vorlage 2539/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2539/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4598.) Bedarfsgerechte Kriseninterventionsplätze für Kinder und Jugendliche sicherstellen!
Weiterentwicklung der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Um- und Ausbau sowie Qualitätsentwicklung der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost
(Vorlage 2540/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2540/19 der Umsetzung des dargestellten Betriebs- und Finanzkonzeptes für den Um- und Ausbau der geschützten Station der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Bremen-Ost zu.
2. Der Senat stimmt im Zusammenhang mit der vorgesehenen Anteilsfinanzierung durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle (neu) 3501/891 10-9, Zuschuss an Klinikum Bremen Ost für den Um-/Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie (Gesundheit) i.H.v. 473.305 € mit einer Abdeckung im Haushaltsjahr 2019 durch Mittelverlagerung aus dem Produktplan 41, Jugend und Soziales (Hst. 3434.893 10-0), in den Produktplan 51, Gesundheit, zur Weitergabe an die GeNo zu.
Er bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz in Abstimmung mit der Senatorin für Soziales,

Jugend, Frauen, Integration und Sport die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.

Er bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um weitere gesonderte Berichterstattung zur Abdeckung intensivpädagogischer Betreuungsbedarfe der Zielgruppe im Kontext der vereinbarten fortlaufenden Sachberichterstattung zur Umsetzung und Fortschreibung des „Gesamtmaßnahmeplan des Senats zum Umgang mit delinquenten Jugendlichen“.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um weitere Unterrichtung zur erfolgreichen Umsetzung des unter B. Lösung dargestellten Betriebskonzeptes sowie zur unter B. Lösung dargestellten beabsichtigten Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

4599.) Umsetzung des Pflegeberufgesetzes / Vorfinanzierung der Zuständigen Stelle
(Vorlage 2541/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 03.12.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 03.12.2018 der Vorfinanzierung der Zuständigen Stelle vorbehaltlich der Bestimmung der zuständigen Stelle durch die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz 2019 zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport nach Beschlussfassung der Fachdeputation und erfolgter Bekanntmachung der zuständigen Stelle die haushaltstechnische Umsetzung der Finanzierung der zuständigen Stelle 2019 über die

Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.

3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass sich die Zuständige Stelle ab voraussichtlich ab 2023 aus der Verwaltungskostenpauschale refinanziert.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, in Abstimmung mit dem Senator für Inneres, Mitte 2019 über den Stand der Umsetzung zu berichten.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um rechtzeitige Einbringung eines ressortinternen Finanzierungsvorschlags für die Unterdeckung 2020 bis 2023.

4600.) "Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung für Opfer von Gewalt"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2542/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 28.11.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 28.11.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4601.) "Dachbegrünungsverpflichtung sorgfältig abwägen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2543/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 18. Dezember 2018 aus.

4602.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG) (Vorlage 2544/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2544/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG) sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung über den Gesetzentwurf in 1. und 2. Lesung noch im Jahre 2018, da andernfalls das Bremische Korruptionsregistergesetz außer Kraft tritt.

4603.) "Immer mehr übermotorisierte, breite und klimaschädliche PKW: Wie viel "SUV" verträgt die Stadt?" (Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE) (Vorlage 2545/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2545/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4604.) "Messungen der Luftqualität in der Stadt Bremen" (Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 12) (Vorlage 2546/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2546/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4605.) "Ungenutzte Flächenreserven für Wohnungsbau in Strom, ein Beitrag zum Überleben der Ortsgemeinschaft und zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2547/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 11. Dezember 2018 aus.

- 4606.) Übertragbarkeit von Stadtteilbudgets
(Vorlage 2548/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2548/19 den Bericht zur Übertragbarkeit von Stadtteilbudgets zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der beschriebenen Vorgehensweise zur Sicherung der Übertragbarkeit der Stadtteilbudgets gemäß Vorlage zu; insbesondere stimmt er der Einrichtung einer dezentralen Sonderrücklage zu.
3. Die Senatorin für Finanzen wird durch den Senat ermächtigt, sofern die jeweils benötigte Liquidität für die Rücklageninanspruchnahme nicht im PPL 68 dargestellt werden kann, eine Ausnahme für die Liquiditätssicherung der Sonderrücklage Stadtteilbudget zuzulassen, vorausgesetzt dies ist im Rahmen der Liquiditätsteuerung des Gesamthaushalts möglich.
4. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die Regelung im Einzelnen umzusetzen und die erforderlichen Gremienbeschlüsse in der Fachdeputation und dem Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
5. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, zur Schaffung einer Planungsgrundlage für die erforderliche Liquiditätssteuerung mit

den Beiräten über ggf. vorhandene Ansparabsichten Verabredungen zu treffen.

4607.) "Zukunft des Landesmindestlohns"
(Große Anfrage der Fraktion Die LINKE)
(Vorlage 2549/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2549/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 26.09.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 3 wird im ersten Absatz, letzter Satz das Wort „vorrangige“ vor dem Wort „Rolle“ ergänzt.
- Die Vorbemerkung zu den Fragen 6 bis 12 wird ersatzlos gestrichen.

4608.) Finanzierung der Betriebskosten für Angebotsverbesserungen im Bus- und Straßenbahnverkehr in 2019
(Vorlage 2550/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 11. Dezember 2018 aus.